

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 16 (1975)
Heft: 26

Artikel: Die kommunistische Taktik am Beispiel Portugals 3. Motive mit Variationen
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095050>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Moçambique: Vernichtungslager

Die kommunistische Frelimo-Regierung in Lourenço Marques hat ohne Angabe von Gründen in der Verwaltung beschäftigte und seinerzeit vertraglich verpflichtete portugiesische Fachkräfte des Landes verwiesen. Die Ausgewiesenen hatten 24 Stunden Zeit, um Moçambique zu verlassen. Sie durften lediglich 20 Kilo Gepäck mit sich nehmen.

Sie berichten, der Frelimo habe ganz Moçambique mit Arbeits- und Umschulungslagern überzogen. Tausende von Regimegegnern seien in diesen Todeslagern ums Leben gekommen. Eine der Hinrichtungsstätten sei das grosse Tierreservat Corongosa.

Die Bevölkerung werde, zur besseren Kontrolle und Indoktrinierung, aus dem Busch und in die noch von den Portugiesen errichteten Aldeamentos (Wehrdörfer) getrieben. (Früher hatten der Frelimo und die Ostpropaganda diese Siedlungen als Konzentrationslager der Portugiesen geschildert.) Keiner dürfe sich der Frelimo-Obhut entziehen.

In einem Arbeitslager ist die frühere Oppositionspolitikerin Uria Simao elendiglich zugrunde gegangen.

Ein Schreiben entlarvt Vereinbarung mit den Sowjets über die Evakuierung Angolas

Die massive sowjetische Militärhilfe an die MPLA und das aktive Eingreifen regulärer kubanischer Truppen auf ihrer Seite in Angola ist vom portugiesischen Kommunistenchef Alvaro Cunhal im Jahre 1974 an einem geheimen Treffen mit den Sowjets in Prag vereinbart worden. Das geht aus einem Brief des ehemaligen portugiesischen Angola-Hochkommissars, Admiral Rosa Coutinho, an seinen Schwager und MPLA-Chef Agostinho Neto vom 22. Dezember vergangenen Jahres hervor.

In diesem Schreiben legte Rosa Coutinho seinem Schwager nahe, alles zu unternehmen, notfalls Gewalt anzuwenden («zu bestehlen, zu töten»), um die Weissen zum Auszug aus Angola zu veranlassen. Das sei an der «letzten geheimen Sitzung mit den Kameraden von der PKP» beschlossen worden.

*

In Portugal sind seit dem 25. November über 60 Ausländer verhaftet worden. Ihnen wird unter anderem «Einnischung in die inneren Angelegenheiten Portugals» zur Last gelegt. Bei den Verhafteten handelt es sich um Brasilianer, Franzosen, Italiener, Schweden und Tschechoslowaken. Viele von ihnen hatten sich an den illegalen Land- und Güterbesetzungen im Alentejo aktiv beteiligt. Auch sind bei ihnen zahlreiche Waffen sowjetischer Herkunft (Kalaschnikows usw.) gefunden worden.

Seit dem 25. November ist ein massiver, fluchtartiger Auszug der westeuropäischen Linken aus Portugal zu beobachten.

Einer, der sich in der Lissabonner Luxusherberge «Tivoli» der aktiven Landbesetzung rühmte, war Samuel Schirmbeck, Ex-Kompagnon von Cohn-Bendit. Er gab sich als Korrespondent des Saarländischen und Hessischen Rundfunks aus. Westliche Journalisten wollen unbedachte, ihm gegenüber gemachte Äusserungen in DDR-Publikationen entdeckt haben. ■



PKP-Demonstration in Lissabon. Das sind «die Massen des Volkes», auf die sich die Parteführung zuverlässig beruft. Aber sie vertreten trotzdem nur ein Achtel der Wahlberechtigten.

Die kommunistische Taktik am Beispiel Portugals

③

Motive mit Variationen

Schluss der Untersuchungsfolge von Laszlo Revesz

Für eine kommunistische Machtergreifung prosowjetischer Art ist die Taktik der portugiesischen KP in unserer Zeit und auf unserm Kontinent exemplarisch. Dabei ist das Verhalten in der jeweiligen Situation um so aufschlussreicher, als die angestrebte Wiederholung des osteuropäischen Modellfalls am Fehlen der Sowjetarmee scheiterte, so dass nicht nur progressive, sondern auch regressive Phasen eingesehen werden können. Das trifft auch auf die Motive zu, mit denen wir heute unsere Untersuchungsfolge abschliessen.

Wirtschaft

Wenn Portugal wirtschaftlich heute praktisch ausgeblutet ist, so hat die kommunistische Taktik einen entscheidenden Anteil daran. Die PKP-Vorstellungen von der portugiesischen Revolution dominierten das MFA-Programm auch in seinen wirtschaftlichen Aspekten. Die Zerstörung des Bestehenden war der Ausgangspunkt für den späteren sozialistischen Aufbau.

Als der Revolutionsrat im Juni 1975 seinen «Aktionsplan» erliess, enthielt das Kapitel III («Wirtschafts- und Sozialpolitik», siehe Informationsbulletin der Sowjetbotschaft in Wien/IB, Nr. 11 bis 12, 1975) eigentlich eine verspätete Absichtserklärung zu dem, was bereits geschehen war, übrigens ohne jedes Mandat des Volkes.

Die Nationalisierungen waren weitgehend schon durchgeführt oder fanden auf die kalte Tour durch das kommunistische Diktat in den Belegschaftsäten statt.

In der Landwirtschaft hatte man die Landreform von 1974 vollends «überholt». Die grossen Güter wurden ohnehin besetzt, und zwar keineswegs nur jene, die nicht von ihren Eigentümern selbst verwaltet wurden — wie man das ursprünglich angesagt hatte. Gegen Gesetzwidrigkeiten konnte man rekurrieren — bei Instanzen, die eigenmächtig durch Mitglieder oder Werkzeuge der KP bemannt worden waren. Die kleineren Bauern zwang man zur Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte, requirierte ihre Produktion samt Saatreserven und verfolgte sie dann als Wirtschaftssaboteure, wenn der Betrieb nicht mehr funktionierte. Einschüchterung und Terror durch das kommunistisch organisierte und zum Teil herangeführte «Landproletariat» wurden durch die lokalen Behörden gedeckt. Im Süden des Landes ermunterte die KP direkt zur Bildung von Kolchosen, jenen progressiven Gebilden, denen die osteuropäische Landwirtschaft ihre anhaltende Minderproduktivität im Vergleich zum Westen verdankt. ▶

Wann sind Streiks konterrevolutionär?

In der Wirtschaft zeigte sich das zuverlässige taktische Motiv «vorher — nachher» gerade für Portugal wieder in alter Frische.

Nachdem man im Frühjahr 1975 die wichtigsten Verstaatlichungen verfügt hatte, wurden die Parolen ausgesprochen streikfeindlich; der Arbeiter hatte auf «seine» Waffe plötzlich kein Anrecht mehr. Vielmehr wurde ihm nunmehr bedeutet, er habe sich auf die «Produktionsschlacht» zu konzentrieren. Im Mai 1975 erklärte das MFA-Bulletin:

«Noch vor einigen Monaten waren die Streiks ein Mittel im Kampf gegen die Kapitalisten, die das Volk daran hinderten, auf seinem Wege voranzuschreiten. Heute gibt es in vielen Betrieben keine Herren mehr. In den Direktorensesseln sitzen neue Menschen. Unter diesen Bedingungen sind Streiks konterrevolutionäre Handlungen.» (Prawda, 25. 5. 1975.)

Obwohl sich an «diesen Bedingungen» bis zum Herbst 1975 überhaupt nichts geändert hatte und die Kapitalisten keineswegs in die Betriebsleitungen zurückgekehrt waren, erklärten die Kommunisten den Streik jetzt wiederum zur Waffe «des Volkes», nachdem ihnen in der Zwischenzeit die uneingeschränkte Machtausübung politisch wieder entglitten war (siehe letzte Nummer).

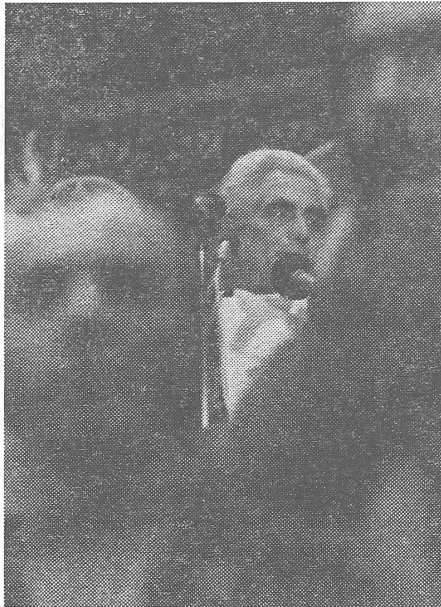
Grundrechte

Die Verstaatlichung erstreckte sich auf Sektoren, die nicht nur der Produktionskontrolle dienten, sondern auch der Meinungskontrolle. Das erlaubte einen Einblick in den kommunistischen Umgang mit den Grundrechten.

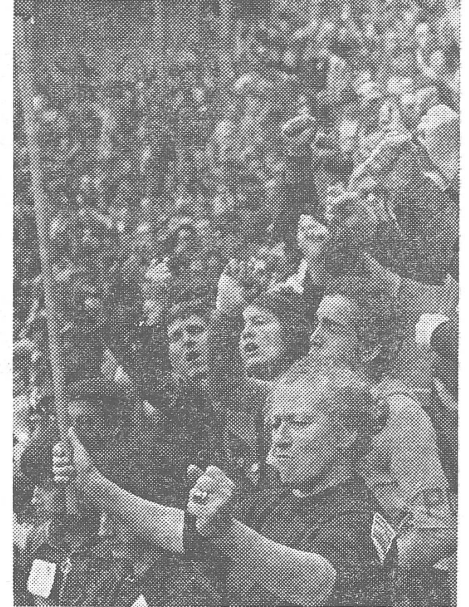
Den Grundrechten war der Kampf nicht weniger angesagt als seinerzeit in Osteuropa. Das sieht man am Beispiel der Pressepolitik. Durch die Nationalisierung der Banken kamen nicht nur weite Bereiche der Wirtschaft unter staatliche Kontrolle (die nach kommunistischen Vorstellungen gehandhabt wurde), sondern auch die wichtigsten Zeitungen wie «Diario de Lisboa», «O Seculo», «Sempre Fixe», «A Capital» und «Diario Popular».

Die Eroberung der Massenmedien: eine «innerbetriebliche Angelegenheit», solange ...

Auf einem andern Weg nahm man den Sozialisten ihre Zeitung «Republica» weg. Die kommunistisch beherrschte «Koordinationskommis-



Cunhal, zwischen Leibwächtern aufgenommen, und seine Anhänger.



sion der Redaktionsarbeiter» setzte am 18. Mai Direktion und Redaktion ab — im Namen der «Arbeitnehmer». Auf ähnliche Weise entzog man auch der katholischen Kirche ihren Sender «Radio Renascenca». Dabei waren es gerade diese beiden Kommunikationsmittel gewesen, die seinerzeit offen gegen das frühere Regime aufgetreten waren, ja, «Radio Renascenca» hatte sogar am 25. April 1974 das Signal zum Putsch gegen Caetano gegeben.

Auch in den andern Massenmedien rissen die Kommunisten nach einer rücksichtslosen Einschüchterungs- und Säuberungskampagne alle führenden Posten an sich.

Die PKP erklärte alle Vorgänge dieser Art zu «innerbetrieblichen Angelegenheiten» — freilich nur solange, als solche Methoden zu ihren Gunsten verliefen. Als man hingegen im Herbst 1975 auf analoge Weise die Entlassung kommunistischer Redaktoren forderte (z. B. bei der Zeitung «O Seculo»), hieß es sofort: «Antidemokratische Kräfte versuchen, die politische Orientierung der fortschrittlichen Zeitungen zu ändern.» (Prawda, 7. 11. 1975.)

Der schon erwähnte und von der PKP vorbehaltlos begrüßte «Aktionsplan» der MFA hatte in seinem Kapitel V ausdrücklich eine «tiefgrei-

fende Umwandlung der Strukturen von Informationsorganen und Kommunikationsmitteln» vorgesehen.

Religion und Kirche

Was das Motiv der Glaubensfreiheit angeht, läßt sich die PKP-Politik im Schlagwort «Religion ja — Kirche nein» zusammenfassen, was eine Umkehrung der Losung in etablierten kommunistischen Machtverhältnissen bedeutet.

In einer PKP-Erklärung vom 20. Juni hieß es: «Die PKP hat die Religionsfreiheit immer verteidigt und wird es auch weiterhin tun». Gleichzeitig wandte sie sich aber gegen die Kirche, die in Verteidigung ihres Senders den Antikommunismus unterstützte. («Uj szo», Bratislava, 21. 6. 1975.)

In der UdSSR und in Osteuropa geht heute die Losung andersherum: «Kirche ja — Religion nein». Denn dort läßt sich die staatlich kontrollierte Kirche gut gebrauchen, sei es für ausserpolitische Aktionen, sei es auch für Friedens- und Volksfrontkomitees in der Innenpolitik. Die Religion als solche wird dafür als «Ueberbauelement der kapitalistischen Basis» und als «Ueberrest der antagonistischen Gesellschaftsordnung» bezeichnet und muss laut offizieller Parole zum Verschwinden gebracht werden.

ÓRGÃO CENTRAL
DO
PARTIDO COMUNISTA
PORTUGUÊS

Director
António Dias Lourenço

Avante!

Proletários de todos os países: UNI-VOS!

Ano 45 — Série VII — N.º 88
30 de Novembro de 1975

Preço: 4500
Angola e Moçambique: 9550

Aussenpolitik

Die PKP-Führungsspitze im allgemeinen und ihre aus dem Sowjetlager zurückgekehrten Funktionäre im besonderen haben sich wiederholt zu einem aussenpolitischen Kurs verpflichtet, der auf die Interessen der Sowjetunion abgestimmt ist.

Cunhal selbst hat die Treue seiner Partei zur Linie der KPdSU immer wieder betont. An der Moskauer kommunistischen Weltkonferenz von 1969 sagte er:

«Die Erfolge einer jeden kommunistischen Partei, die unter den Bedingungen des Kapitalismus kämpft, sind nicht zu trennen von der Existenz, von den Erfolgen, von der Unterstützung(!) der sozialistischen Länder. (...) Keine Partei kann heute sagen, dass sie die Revolution nur mit eigenen Kräften vollzieht. In der gegenwärtigen internationalen Lage können die inneren Kräfte eines Landes, in dem die proletarische Revolution gesiegt hat oder siegen wird, die Festigung des errungenen Sieges nicht allein sichern. (...) Die Unabhängigkeit jeder Partei ist nicht zu trennen von ihrer internationalen Politik.» (IB, Nr. 11 bis 15/1969.)

Die KP ist also vor und nach ihrer Machtergreifung auf die «sozialistischen Länder» angewiesen. Und die Sowjettreue ist bis heute die offizielle Linie der PKP geblieben. Im Grusstelegramm ihres Zentralkomitees an das KPdSU-ZK zum 58. Jahrestag der Oktoberrevolution heisst es: «Im schweren Kampf, den wir führen, denken wir immer mit grosser Wärme daran, dass wir heute nicht anders als in der Vergangenheit auf die brüderliche Solidarität des Sowjetvolkes (...) zählen können. (...) Wir vermerken mit Befrie-

digung die verbreitete Auffassung (in Portugal), dass die Entwicklung der (...) Beziehungen zur Sowjetunion eine grundlegende Bedingung zur Verteidigung und Festigung der portugiesischen Revolution ist.» («Prawda», 11. 11. 1975.)

Die «Prawda» quittierte die portugiesischen Treuebekennnisse mit der Versicherung, die Sowjetunion spiele eine wichtige Rolle, wenn es um die Garantie der Hilfe gehe, die Portugal für seine Revolution brauche. («Prawda», 7. 6. 1975.)

Die Frage der Nato-Mitgliedschaft

Völlige sowjetische Unterstützung erhält die PKP selbstverständlich auch in dem Punkt, der scheinbar der Generallinie der kommunistischen Bewegung (sowjetischer Prägung) widerspricht, nämlich in der Zusammenarbeit mit Nato und EWG.

Während sonst allen westeuropäischen Ländern die Kollaboration mit diesen Organisationen vorgeworfen wird, erhält Portugal dafür keinen Tadel, sondern Lob. Die PKP ist die einzige KP eines Nato-Landes, die gegen diese Mitgliedschaft nichts einzuwenden hat.

Das Interesse des Sowjetlagers an diesem Sonderfall ist allerdings flagrant. Das kommt auch ganz unverhohlen zum Beispiel in folgendem tschechoslowakischen Kommentar zum Ausdruck:

«Sie (die PKP) greift die Nato-Mitgliedschaft Portugals aus taktischen Gründen nicht an. (...) Sie betrachtet die Regelung dieser Frage von einem perspektivisch orientierten Standpunkt aus.» («Uj szo», 1. 2. 1975.)

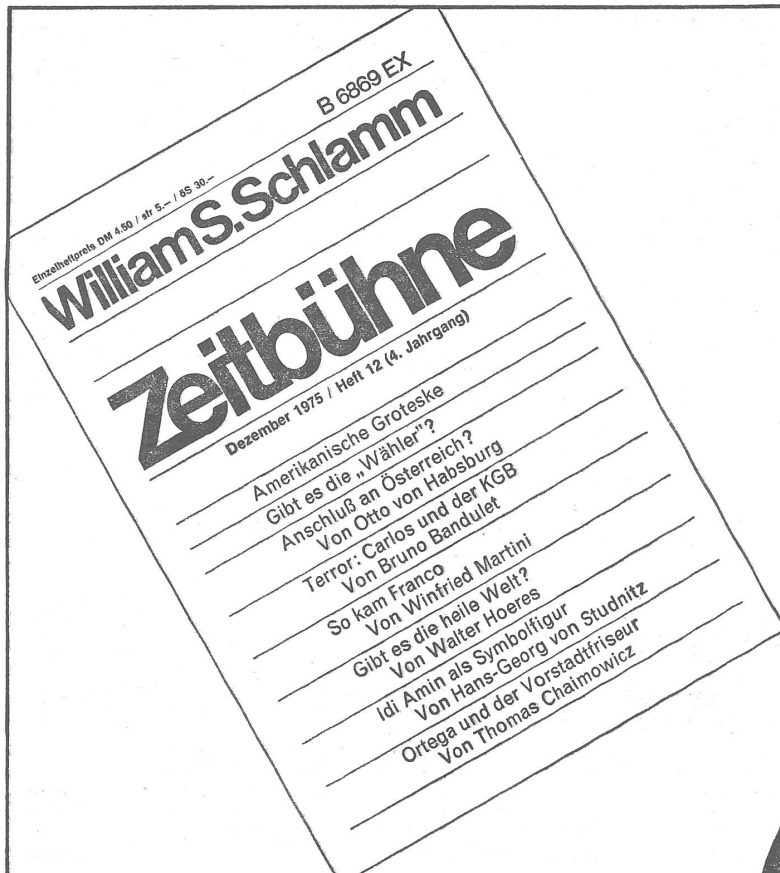
Vor Tisch hatte man es freilich anders gelesen. Die PKP hatte zum Beispiel an ihrem Partei-

kongress von 1965 ausdrücklich und ausführlich den Austritt Portugals aus der Nato verlangt:

«Die Beteiligung am aggressiven Nato-Block und das Bestehen ausländischer Militärstützpunkte und anderer militärischer Anlagen auf portugiesischem Gebiet schädigen die territoriale Integrität Portugals, seine Souveränität und Unabhängigkeit. Die Kontrolle der militärischen Kommandos der USA (...) ist eine Beleidigung unserer nationalen Würde. Die amerikanische Basis (...) und die französische Basis (...) setzen Portugal der Gefahr von Atombombenangriffen aus und bedrohen so die Existenz der portugiesischen Nation. (...) Die Teilnahme an der Nato legt dem Land schwere Lasten auf, die vom werktätigen Volk getragen werden müssen. Sie dient als Werkzeug der imperialistischen und faschistischen Beherrschung Portugals.» (IB, Nr. 3/1966.)

Und 1972 hatte das PKP-ZK ein EWG-Abkommen Portugals als einen «nationalen Verrat» bezeichnet. (IB, Nr. 20—21/1972.)

Seit April 1974 gibt es solche Stimmen nicht mehr. Offenbar kann man jetzt sogar die zuvor bewiesene Existenzbedrohung der Nation durch das atlantische Bündnis in Kauf nehmen. Moskau zieht es begreiflicherweise vor, eine Regierung mit kommunistischer Beteiligung innerhalb der Nato zu haben. Selbstverständlich würde die PKP, falls sie aus der Macht herausgedrängt werden sollte, wieder zum alten Kurs gegen westliche Bündnisse zurückfinden. Aber weil man es in Portugal vorzieht, die übrige Macht der KP nicht durch Anfechtung ihrer Regierungsbeteiligung zu provozieren, entfällt auch diese Probe aufs Exempel.



Die «ZEITBÜHNE» wird von William S. Schlamm herausgegeben. William S. Schlamm und namhafte Autoren der internationalen Publizistik kommentieren das aktuelle Geschehen und machen Alternativen sichtbar. Die «ZEITBÜHNE» versteht sich als engagiert politisches Organ, das niemandem verpflichtet sein will.

Lernen Sie die «ZEITBÜHNE» kennen. Schicken Sie den Informationsgutschein an:
«ZEITBÜHNE», D-8000 München 81
Effnerstrasse 70
oder
A-5024 Salzburg, Postfach 108
oder
CH-6300 Zug, Im Rötel 1

Informations- Gutschein

für kostenlose, unverbindliche Zusendung
von zwei Probeheften der «ZEITBÜHNE».
(bitte an folgende Adresse:)
